

/ Wider den Malestream – Möglichkeiten feministischer Friedenspolitik

von Yvonne Joos (Referat vom 2. 2. 04 an der VHS Basel)

Liebe Frauen und Männer

Es freut mich, dass ich heute Abend hier an der Volkshochschule in Basel sein und von unserer Arbeit auf der cfd-Frauenstelle für Friedensarbeit erzählen darf.

Ich möchte zuerst ausführen, was wir unter feministischer Friedenspolitik verstehen und was ihre zentralen Konzepte sind. Danach werde ich dies mit praktischen Beispielen aus der Arbeit der cfd-Frauenstelle illustrieren.

Was verstehen wir unter feministischer Friedenspolitik?

Die vorherrschende Sicherheitspolitik basiert auf sogenannten realistischen bzw. neo-realistischen Theorien der Disziplin der Internationalen Beziehungen. Diese gehen davon aus, dass Nationalstaaten einheitliche Gebilde sind, die in einer asozialen, anarchischen internationalen Umgebung handeln. Sicherheit definieren sie als Schutz der Grenzen und der Integrität des Staates und seiner Werte gegen die Gefahren eines feindlichen internationalen Umfelds. Folglich orten sie die Ursachen von Unsicherheit in den anarchischen Strukturen des internationalen Systems, nicht aber bei innerstaatlichen Faktoren. Militärische Macht ist ein zentrales Element ihrer Politik.

Sogenannt realistische bzw. neo-realistische Theorien arbeiten – wie andere Theorien auch – mit impliziten Annahmen über die «Natur» und die Rolle der Geschlechter: Sie konstruieren «Männlichkeit» und «Weiblichkeit» als zwei gegensätzliche Pole, wobei sie «das Männliche» «dem Weiblichen» hierarchisch überordnen. Dem «männlichen» Pol werden beispielsweise Vernunft, Kultur, Stärke und Krieg zugeordnet, dem «weiblichen» Pol Emotionalität, Natur, Schwäche und Frieden. Pazifismus wird als weibische Weltanschauung bekämpft – was in dieser Politik zählt, ist die Vernunft zur Durchsetzung der sog. Staatsinteressen.

Es gibt auch friedensbewegte Frauen, die mit dieser Vorstellung von «Männlichkeit» und «Weiblichkeit» arbeiten, allerdings nicht implizit, sondern explizit. Und sie kehren die Bewertung der beiden Pole um: Sie ziehen die «natürliche», emotional aufgeladene Mutterrolle oder die Konstruktion der von Natur aus «friedfertigen Frau» dem «kriegerischen Mann» vor und fordern die Einmischung der Frauen ins politische Leben. Denn Frauen verfügen in dieser Logik über Qualitäten, die den von Männern dominierten Regierungen fehlen: Friedens-, Lebens- und Verantwortungsbewusstsein sowie die Fähigkeit, Angst zu artikulieren. Ziel ist hier ein Frieden, der auf «weiblichen» Werten aufbaut, speziell auf der Ernährerinnen- und Mutterrolle von Frauen.

Vor diesem Hintergrund sind z.B. Schlagzeilen zu verstehen wie «Mütter trauern um ihre gefallenen Söhne» oder auch Slogans von Frauenfriedensbewegungen wie «Take the toys from the boys!». Sie lassen Frauen als Opfer oder Heilige, Männer als Täter oder Helden erscheinen.

Christina Thürmer-Rohr, Professorin für Erziehungswissenschaften in Berlin, ging in den 1980er-Jahren gegen das Klischee von «der friedlichen Frau» und «dem kriegerischen Mann» vor. Sie führte die Kategorie der Mittäterschaft in die Diskussion ein:

«Mittäterschaft von Frauen» ist zunächst eine Behauptung, die sich auf die Gegenwartsgeschichte bezieht. Es ist trügerisch zu meinen, Frauen führten mehr oder weniger und vielleicht zunehmend ein unabhängiges Eigenleben parallel zu den patriarchalen Taten; sozusagen an einem anderen Ort. Ich meine vielmehr, dass eine differenzierte geschlechtliche *Interessenverquickung* in den zivilisierten Patriarchaten die Mittäterschaft von Frauen hergestellt hat, damit sie Männer nicht verraten, bekämpfen oder in ihren Taten behindern. (...) Wir sind zu Mittäterinnen geworden, wenn wir uns den Gleichheitsangeboten gefügt haben,

nämlich so handeln und denken, wie es einer patriarchalen Logik entspricht und diese als menschliche Logik missverstehen lernen (...).» (Thürmer-Rohr 1999: 49)

Diese Analyse macht den Weg frei für die Untersuchung der verschiedenen Rollen und Funktionen, die Frauen innehaben: Sie sind oft Mittäterinnen, aber auch Täterinnen, Opfer, oder für den Frieden engagierte Frauen. «Die Frau» mit der ihr quasi angeborenen Rolle gibt es nicht.

Feministische Friedenspolitik greift auf solche Analysen zurück und fragt sowohl nach den vielfältigen Rollen, den Situationen und dem Handeln von Frauen als auch nach der Funktion von Geschlechterrollenklichs für Unfrieden, Unsicherheit und Krieg. Sie fragt nach der Sicherheit und den Lebensverhältnissen von Menschen, besonders von Frauen. Anders als die (neo-)realistischen Theorien, die von Staaten oder ganzen Regionen ausgehen, verfolgt feministische Friedenspolitik einen «bottom up»-Ansatz, der von den unterschiedlichen Situationen, Rollen und dem vielfältigen Handeln von Frauen ausgeht.

Dieser Perspektivenwechsel hat zur Folge, dass Konzepte wie Gewalt, Frieden und Sicherheit neu gefasst werden müssen. Im Folgenden möchte ich etwas genauer darauf eingehen.

Gewalt

Der herkömmliche Begriff von Gewalt bezeichnet eine Gewalthandlung, die eine physische Beschädigung oder einen Angriff auf Leib und Leben einer Person zur Folge hat. Dieser Gewaltbegriff wurde bereits durch den Marxismus mit der Einführung des Begriffs der Gewaltverhältnisse um eine gesellschaftliche Dimension erweitert. Der Friedensforscher Johan Galtung geht von einem erweiterten Gewaltbegriff aus und stellt ihn in einem Dreieck der Gewalt dar, das personale, strukturelle und kulturelle Gewalt umfasst. Diese Erweiterung hatten gegen Gewalt engagierte Frauen in ihrer Praxis bereits seit längerem vorgenommen.

Gewalt, die von AkteurInnen ausgeübt wird, bezeichnet Galtung als personale oder direkte Gewalt. Strukturelle bzw. indirekte Gewalt dagegen bezeichnet jene Gewalt, die nicht direkt von Personen ausgeht, sondern die in gesellschaftlichen, institutionellen, ökonomischen und politischen Strukturen festgeschrieben und durch diese reproduziert wird. Diese Gewalt, die sich in Form ungleicher Macht- und Herrschaftsverhältnisse sowie sozialer Ungerechtigkeit äussert, ist oft weniger fassbar als direkte personale Gewalt, wo ein Täter oder eine Täterin benannt werden kann.

Unter kultureller Gewalt versteht Galtung symbolische Gewalt, die «in Religion und Ideologie, in Sprache und Kunst, Wissenschaft und Recht, Medien und Erziehung wirkt. Ihre Funktion ist einfach genug: Sie soll direkte und strukturelle Gewalt legitimieren.» (Galtung 2001: 29)

Zwar ist der Galtung'sche Gewaltbegriff theoretisch zu wenig klar bestimmt und in der Praxis nur bedingt anwendbar, sein unbestreitbarer Wert besteht aber darin, dass es sich um eine kritische Begrifflichkeit handelt. Sie bringt zum Ausdruck, dass es nicht nur darum geht, soziale Ungleichheit zu erforschen, sondern vielmehr darum, diese kritisch zu bezeichnen, nämlich als Gewalt, die überwunden werden kann und soll.

Was dem erweiterten Gewaltbegriff indes fehlt, ist das hierarchische Geschlechterverhältnis. Patriarchale Ausschlussmechanismen werden weder aufgedeckt noch kritisch als veränderbar bezeichnet. Die feministische Friedensforscherin Tordis Batscheider hat daher das Galtung'sche Dreieck der Gewalt einer feministischen Reformulierung unterzogen, indem sie es mit einer feministischen Gesellschaftsanalyse verbunden hat: Kombiniert mit der Darstellung des privaten und öffentlichen Patriarchats von Sylvia Walby, ergibt sich ein Gewaltbegriff, der sowohl geschlechterspezifische Diskriminierung berücksichtigt als auch den Geschlechterdualismus als unserer Gesellschaft zu Grunde liegende Ideologie. Das Auffächern des Gewaltbegriffs entlang der Trennung von privater und öffentlicher Sphäre erlaubt es, auf der personalen, der strukturellen und der kulturellen Ebene je die individuellen wie die kollektiven Unterdrückungsmomente sichtbar zu machen. Damit kommen jene Formen von Gewalt in den Blick, die in erster Linie Frauen betreffen,

und die von der Friedensforschung nicht beachtet werden: Beispiele sind das Schlagen von Frauen, sexuelle Übergriffe oder Vergewaltigung, die Aneignung von Arbeitskraft und Reproduktionsleistungen von Frauen oder ihr weitgehender Ausschluss aus den obersten Etagen von Politik und Wirtschaft.

Ein wichtiges Fazit feministischer Friedensforschung ist also, dass der Gewaltbegriff nur dann hinreichend bestimmt ist, wenn er patriarchale Gewalt nicht ignoriert oder marginalisiert. Hinzu kommt, dass die verschiedenen Gewaltformen im internationalen System, im Nationalstaat oder in der Privatsphäre miteinander verbunden sind und daher auf allen Analyseebenen präsent sein müssen. Häusliche Gewalt muss beispielsweise vor dem Hintergrund der gesamtgesellschaftlichen Realität der Geschlechterhierarchie gesehen werden, in der Männer alle gesellschaftlich wichtigen Ebenen dominieren und kontrollieren.

Frieden

Obgleich Frieden ein zentraler, wenn nicht gar *der* Begriff der Friedensforschung darstellt, wird er keineswegs einheitlich definiert. Indem er in Relation zum Gewaltbegriff steht, hängt er auch von diesem ab. Wird Gewalt als ausschliesslich personale Gewalt begriffen, kann Frieden auf drei verschiedene Weisen definiert werden: Der vollständig negative Frieden bezeichnet die Abwesenheit jeder personalen Gewalt, auch unterhalb der Kriegsschwelle. Der unvollständig negative Frieden meint die Vermeidung jeglichen Krieges, und der sogenannt begrenzte Frieden, der eher ein begrenzter Krieg ist, gibt sich mit der Eliminierung des totalen Krieges zufrieden.

Bezieht man die strukturelle Ebene in den Gewaltbegriff mit ein, so ergibt sich als sein Gegenteil der positive Frieden. Hier geht es nicht nur um die Beseitigung personaler, sondern auch um das Vermeiden struktureller Gewalt. Galtung nennt den positiven Frieden auch «soziale Gerechtigkeit», wobei unklar bleibt, was genau darunter zu verstehen ist. Analog zur kulturellen Gewalt definiert Galtung den kulturellen Frieden. Dieser bezeichnet Aspekte einer Kultur, die den direkten und strukturellen Frieden rechtfertigen und legitimieren können.

In Analogie zum erweiterten Gewaltbegriff definiert Galtung einen erweiterten Friedensbegriff, der sowohl den vollständig negativen wie den positiven Frieden umfasst.

Feministische Friedensforschung, die mit einem erweiterten Friedensbegriff arbeitet, hat damit zum Ziel, jegliche Formen von Gewalt, gerade auch gegen Frauen, sichtbar zu machen, zu benennen und zu beseitigen. Somit kann es ihr nicht nur darum gehen, Gewaltakte zu unterbinden, sondern sie arbeitet auf eine Veränderung des patriarchalen Systems hin. Folgerichtig wird der Zustand sogenannter «Friedenszeiten», wie wir sie momentan in den meisten westeuropäischen Ländern erleben, nicht als Frieden bezeichnet, sondern als «organisierte Friedlosigkeit». Tordis Batscheider bringt diesen Sachverhalt folgendermassen auf den Punkt:

«Wenn etwa Gewalt als Gegenstand und Kategorie der Friedensforschung nicht geschlechterspezifisch gefasst wird, geraten nicht nur spezifische Gewaltphänomene gänzlich aus dem Blickfeld, auch andere Kategorien, wie etwa Frieden, werden verzerrt: kann denn eine Gesellschaft als friedlich bezeichnet werden, deren Strukturmerkmal die Billigung personaler, struktureller und kultureller Gewalt gegenüber der weiblichen Hälfte ihrer Mitglieder ist? Mit anderen Worten: solange das sozialstrukturelle Gewaltverhältnis gegen Frauen nicht aufgehoben ist, kann für Frauen nicht von Frieden die Rede sein; allerdings auch nicht von Krieg.» (Batscheider 1993a: 172)

Sicherheit

So, wie feministische Friedensforscherinnen einen Friedensbegriff erarbeitet haben, der andere Friedensbegriffe nicht einfach ergänzt, sondern korrigiert, so haben sie auch ein Verständnis von Sicherheit entwickelt, das sich vom dominanten Sicherheitsbegriff wesentlich unterscheidet.

In (neo-)realistischen Theorien wird Sicherheit in politisch-militärischen Begriffen gefasst, wie wir bereits gesehen haben. Es geht hier darum, dass Staaten ihre Macht vergrössern, um ihre Sicherheit zu gewährleisten.

Was die Umsetzung solcherlei «Sicherheit» für Frauen bedeuten kann, beschreibt Igballe Rogova im Zusammenhang mit der UNO und der OSZE im Kosovo/a:

«Die Präsenz von bewaffneten Truppen ist nicht selbstverständlich. Um sie zu rechtfertigen, muss die Sicherheit deshalb immer wieder in Frage gestellt werden, wenn lokale Organisationen Treffen [zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen – Y.J.] organisieren und damit zeigen, dass Verbindungen möglich sind. Dem liegt eine Logik zugrunde, in der Sicherheit nur durch die Präsenz von bewaffneten Kräften, nicht aber durch Aktivitäten von lokalen Gruppen erreicht werden kann. (...) Denn sie reden von Sicherheit und Gefahrenpotential, meinen aber Machtausübung und Kontrolle.» (Sancar 2003: 15)

Feministische Friedensforschung und -politik definiert Sicherheit viel breiter, und zwar als mehrdimensionalen Begriff, der die Abschaffung von allen Formen von Gewalt bezeichnet, der das Leben und die Menschenrechte betont. Im Zentrum steht die Sicherheit von Frauen, weshalb feministische Konzepte von Sicherheit nicht beim nationalen oder internationalen System ansetzen, sondern beim Individuum oder einer Gemeinschaft, d.h. bei den sozialen Beziehungen, speziell den Beziehungen zwischen den Geschlechtern. Mit diesem «bottom up»-Ansatz können soziale Hierarchien aufgedeckt und kann das Verständnis dafür erlangt werden, wie sie mit der internationalen und nationalen Ordnung zusammenhängen. So wird beispielsweise sichtbar, dass strukturelle Ungleichheiten, die wesentlich zur Unsicherheit von Individuen bzw. Gruppen beitragen, in den modernen Nationalstaat und ins internationale System eingebaut sind. Folglich hinterfragen Feministinnen die Rolle des Staates als adäquaten Sicherheitslieferanten und beurteilen auch das Militär nicht als Sicherheitsgaranten, sondern als Gefahr für die Sicherheit von Individuen, besonders von Frauen. Denn Militärausgaben gehen nicht selten auf Kosten von Sozialbudgets, von denen Frauen zum Beispiel auf Grund schlecht bezahlter Arbeit abhängiger sind als Männer. Hinzu kommt, dass Armeen soziale Ordnungen legitimieren, die in bestimmten Fällen staatliche Gewalt zumindest tolerieren. Und wo immer Soldaten Dienst tun, üben sie direkte, meist sexuelle Gewalt gegen Frauen und Mädchen aus – dies gilt zynischerweise für die sogenannten «Friedenssoldaten» der UNO gleichermassen wie für alle anderen: Die Soziologin Ruth Seifert beschreibt, wie sogenannte Peacekeeping-Armeen das hegemoniale westliche Sexualitätsmodell global forcieren.

«Institutionen des Peacekeeping bringen nicht nur spezifische Vorstellungen von Männlichkeit und Weiblichkeit mit in das Einsatzgebiet, sondern führen diese (...) auch in die Praxis der Einsatzländer ein. (...) So wurde Kambodscha durch den UNO-Einsatz von einem quasi aidsfreien Land zu einer Hochburg von Aids; die Zahl der Prostituierten erhöhte sich während der Stationierung der Peacekeeping-Truppen innerhalb eines Jahres von 6.000 auf 20.000 mit einem hohen Anteil an Kinderprostitution; parallel dazu waren so gut wie keine Frauen in den Gremien zu finden, die über die Nachkriegssituation des Landes berieten; in Mozambique waren Peacekeeper in organisierte Kinderprostitution verwickelt (...); in Kroatien wurde durch die Stationierung von Peacekeepern die Sex-Industrie zur grössten Wachstumsindustrie des Landes». (Seifert 2001: 39-40)

Ein weiterer Unsicherheitsfaktor von Armeen besteht darin, dass sie sich nicht mehr vorwiegend gegen andere Armeen richten, sondern primär gegen die Zivilbevölkerung: 90% der Opfer heutiger Kriege sind Zivilpersonen, darunter ein Grossteil Frauen und Kinder. Und nicht selten funktioniert Vergewaltigung – von Frauen wie auch von Männern – als systematische Kriegsstrategie, um den Gegner zu demütigen und zu demoralisieren.

Möglichkeiten feministischer Friedenspolitik

Was heisst es, vor diesem Hintergrund feministische Friedenspolitik zu betreiben? Ich möchte dazu einige Beispiele aus unserer Arbeit auf der cfd-Frauenstelle für Friedensarbeit erzählen.

Im Zusammenhang mit unseren Kundgebungen und Veranstaltungen zu Afghanistan in den Monaten nach dem Angriffskrieg der USA, der am 7. Oktober 2001 begann, mussten wir erleben, dass das Interesse der breiten Öffentlichkeit direkt mit der Abnahme schrecklicher, effektheischender Kriegsbilder in den Medien zusammenhängt: Schon bald wurde der Krieg in Afghanistan von den Bildern aus Jenin verdrängt, und diese wiederum mussten den Berichten und Spekulationen zum Irak-Konflikt und schliesslich -Krieg Platz machen. Es ist meist ein einzelnes Thema, das eine breitere Öffentlichkeit beschäftigt. So wird z.B. der Israel/Palästina-Konflikt nicht ständig als brennende Aktualität wahrgenommen, obwohl die israelischen Angriffe weitergehen, obwohl die Trennungsmauer zwischen Israel und Palästina täglich wächst, obwohl es ständig Tote gibt.

Alle diese Konflikte und Kriege müssen vor demselben Hintergrund zunehmender Militarisierung gesehen werden, vor der Bereitschaft, politische Probleme mit militärischen Mitteln zu lösen und dabei sogenannte «Kollateralschäden» – auf gut deutsch: unsägliches Leid unter der Zivilbevölkerung, Tote, Flüchtlinge, Hungernde, Vertriebene, eine zerstörte Umwelt – in Kauf zu nehmen.

Wir sehen es als unsere Aufgabe, das Problem an den Wurzeln anzugehen, uns also mit der Militarisierung von Politik, Gesellschaft und Kultur auseinanderzusetzen, mit der Normalisierung von Gewalt und mit der Abschottungs- und Ausschluss-Mentalität, die einen Nährboden für Aggressionen und Hoffnungslosigkeit darstellt. In diesem Sinne tun wir also auch in den Hochzeiten von Krieg und Militarismus das, was wir immer tun, beziehen die aktuellen Ereignisse in unsere Überlegungen mit ein und versuchen, diese weiterreichende Sicht auch an die Öffentlichkeit zu bringen. Dazu schreiben wir Artikel, unterstützen Anti-Kriegs-Demonstrationen oder organisieren eine internationale Konferenz zu Frieden und Sicherheit. Dabei ist es uns ein besonderes Anliegen, vom blossen «Krieg – ja oder nein» wegzukommen und die Perspektive auf friedenspolitisches Handeln hin zu erweitern. Friedensförderung geschieht z.B. dort, wo Frauen sich ermächtigen, sich in friedens- und sicherheitspolitische Diskurse einzumischen, eigene Initiativen zu verwirklichen, durch ihr Sprechen und Handeln die gängigen Sicht- und Handlungsweisen patriarchal-militärischer Logik ins Wanken zu bringen.

Diese Politik ist ein ständiger Seiltanz zwischen langfristigem, ursachenorientiertem Handeln einerseits und raschem, aktionsbezogenem Handeln andererseits.

Die Gruppe Frauenstimmen gegen den Krieg als Beispiel für diesen Seiltanz

Im Anschluss an eine Demonstration gegen den Krieg in Afghanistan im Oktober 2001 haben wir interessierte Frauen zu einer Sitzung eingeladen. Daraus ist die Gruppe «Frauenstimmen gegen den Krieg» entstanden, die sowohl aus Frauenorganisationen (cfd-Frauenstelle für Friedensarbeit, Frauen für den Frieden Zürich, FrauenLesben Kasama Zürich, FemCo) wie auch aus Einzelfrauen besteht. Den Namen *Frauenstimmen* wählten wir, weil kritische Stimmen von Frauen gegen den Krieg in Afghanistan wie auch gegen den sogenannten «Krieg gegen Terrorismus» im Allgemeinen systematisch unterdrückt, zum Schweigen gebracht oder öffentlich diskreditiert wurden. Der Plural zeigt an, dass die Durchsetzung «der» einen Meinung und die Vorspiegelung einer einzigen Lösung des «Problems Terrorismus» selbst zum Problem gehören.

Wir beschlossen, das Thema auf zweifache Weise anzugehen: Einerseits mit Kundgebungen, um möglichst viele Leute zu erreichen und gegen den Krieg zu mobilisieren, andererseits mit inhaltlichen Veranstaltungen, um Hintergrundinformationen zu erhalten und weiterzugeben, um die eindimensionalen Darstellungen von Frauen als Opfer zu korrigieren und auch, um Stimmen von Frauen aus Afghanistan hörbar zu machen und zu erfahren, was ihre Anliegen und Forderungen sind.

Für diese Kundgebungen und Veranstaltungen wählten wir den 7. jeden Monats, da an einem 7. die ersten Bomben über Afghanistan abgeworfen worden waren.

Während das Interesse an den Kundgebungen nach einigen Monaten nachliess und wir diese daraufhin einstellten, gelang es uns, mit den Veranstaltungen ein zwar ebenfalls eher kleines, jedoch interessiertes Publikum anzusprechen. V.a. die Veranstaltung mit zwei Vertreterinnen des Afghanischen Kulturvereins sowie jene mit einer Mitarbeiterin von RAWA – der Revolutionary Association of the Women of Afghanistan – stiessen auf grosses Interesse. Andere Veranstaltungen nahmen z.B. «Frauen als Schlachtfeld der Ideologien» in den Blick oder fragten, «Welche Sicherheit für wen?»

Innerhalb der Gruppe «Frauenstimmen gegen den Krieg» verspürten wir nach zahlreichen organisierten Veranstaltungen vermehrt das Bedürfnis, gewisse Themen intern zu diskutieren und nicht nur einfach «outputs» für die Öffentlichkeit zu produzieren. So organisierten wir eine Zeit lang keine Veranstaltungen mit Referentinnen mehr, sondern luden zu Diskussionen ein, an denen wir uns nebst Afghanistan auch mit dem Konflikt in Palästina/Israel auseinandersetzten, Identitätspolitik in Israel erörterten oder Artikel zur Irak-Krise für die Zeitung «Kein Krieg!» schrieben. Dies hat sich mit dem Krieg im Irak wieder geändert: Gegen diesen Krieg und zur Bekundung unserer Solidarität mit den Frauen im Irak organisierten wir einen nationalen Frauenprotesttag sowie verschiedene Veranstaltungen mit Exilirakerinnen.

Momentan bereiten wir uns für den Internationalen Frauentag am 8. März vor, an dem wir verschiedene Aspekte von Sicherheit, besonders für Frauen, thematisieren werden.

Friedens- und geschlechterpolitische Entwicklungen

In unserer Arbeit setzten wir uns nicht nur mit dem internationalen Umfeld auseinander, sondern wir sind auch eingebettet in die Friedens- und Geschlechterpolitik in der Schweiz. Ich möchte daher im Folgenden kurz einige friedens- und geschlechterpolitische Entwicklungen nachzeichnen und fragen, welche Folgen sie für unsere feministisch-friedenspolitische Arbeit haben.

Wir unterscheiden dabei zwischen drei politischen Ebenen: der institutionellen Ebene, der Ebene der «gemischten» Friedensbewegung und NGOs sowie der Ebene der Frauenbewegung.

a) Entwicklungen auf der institutionellen Ebene

Seit den 1990er-Jahren sind wir zunehmend damit konfrontiert, dass unsere Themen – also die Themen der Frauen- und der Friedensbewegung – nicht nur salonfähig geworden, sondern gar institutionalisiert worden sind. Provozierten Friedensbewegte in den 80er-Jahren noch den bürgerlichen Ruf nach Fahrscheinen «Moskau einfach», so wird heute selbst auf staatlicher Ebene nicht nur Sicherheitspolitik, sondern auch Friedensförderung betrieben. Wurden die unermüdlich Engagierten für «die Sache der Frau» als Emanzen oder «Mannweiber» verschrien, so werden sie heute Genderfachfrauen genannt und damit beauftragt, ganze Firmen auf Gendermainstreaming zu trimmen. Da könnte frau sich fragen, ob sie ihren Job zur Zufriedenheit aller erledigt habe und feministisch-friedenspolitisches Engagement sich nun erübrige.

Wir sind allerdings der Überzeugung – und das hat uns die letzte Bundesratswahl nur allzu offensichtlich bestätigt –, dass die Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern noch lange nicht behoben sind. Auch wenn sich junge Frauen selbstbewusst geben und oft nicht mehr einsehen, was Feminismus heute noch soll, wird uns die Arbeit (leider) noch lange nicht ausgehen. Wir interpretieren also den viel zitierten «Backlash» nicht etwa als Zeichen dafür, dass feministisches Engagement überflüssig geworden ist, sondern eher als Ausdruck eines Mangels an feministisch-politischem Bewusstsein.

Vor diesem Hintergrund ist unser Verhältnis zu institutionalisierten Bestrebungen, die Gleichstellung der Geschlechter voranzutreiben, zwiespältig: Die grundsätzliche Idee des Gendermainstreaming ist sicher zu begrüessen. Doch oft fehlen Kontrollmechanismen, um den effektiven Erfolg oder Misserfolg

von Gendermainstreaming-Massnahmen zu überprüfen. Und nicht zuletzt wird Gendermainstreaming von PolitikerInnen dazu missbraucht, Frauenförderung als «veraltete Strategie» abzutun und bewährte Frauenstellen zu schliessen. Mit diesem Problem kämpfen auch die Kirchen.

Unser zwiespältiges Verhältnis zur Institutionalisierung unserer Themen hat noch einen anderen Grund: Nebst einer gewissen «Salonfähigkeit», die den Themen sicher nützlich ist, bringt Institutionalisierung immer auch Integration ins Bestehende mit sich, Anpassung und Entschärfung von Kritik. Unsere Aufgabe ist es daher, solche Institutionalisierungsprozesse kritisch zu verfolgen. Dabei entwickeln auch wir uns – wie die sozialen Bewegungen allgemein – weiter und radikalieren uns auch ein Stück weit.

b) Entwicklungen auf der Ebene der «gemischten» Friedensbewegung und NGOs

Auf der Frauenstelle verfügen wir seit mehr als 20 Jahren über die Zeit und den Raum, Friedenspolitik aus feministischer Perspektive und mit einem vorrangigen Interesse für Frauen zu betreiben. Wir schotten uns aber nicht etwa ab, sondern arbeiten punktuell und z.T. auch in längerfristigen Projekten mit Männern in der sogenannten «gemischten» Friedensbewegung zusammen. Eine solche Zusammenarbeit fand z.B. rund um die beiden Armeeabschaffungsinitiativen, um die Initiative für einen zivilen Friedensdienst oder jüngst auch in der Anti-Kriegsbewegung.

Unsere Rolle in den verschiedenen Formen der Zusammenarbeit mit der «gemischten» Bewegung ist unterschiedlich. Teilweise haben wir das Gefühl, als feministisches Feigenblatt dienen zu müssen. Oft fällt uns auch die Rolle des feministischen Gewissens zu: Sind Texte oder Flugblätter auch wirklich in einer geschlechtsneutralen, nicht-diskriminierenden Sprache formuliert? Sind in den verwendeten Bildern keine sexistischen Anspielungen versteckt? Wir legen Wert darauf, dass bei der Suche von Rednerinnen oder Referenten darauf geachtet wird, dass mindestens die Hälfte davon Frauen sind. Wir werden aber auch immer wieder angefragt, eine Rede zu halten oder an einem Podium teilzunehmen, damit nicht ausschliesslich Männer dort sitzen.

Nachdem der Krieg gegen Afghanistan begonnen worden war und sich eine neue Friedensbewegung formierte, mussten wir feststellen, dass in «schwierigen» Zeiten auch in der Friedensbewegung feministische Fragen und Positionen wieder zu sogenannten Nebenwidersprüchen werden. Hat man bspw. in den vermeintlich ruhigeren Jahren nach der Unterzeichnung des Oslo-Abkommens von Palästinensern und Palästinenserinnen gesprochen, sprach man nach dem Massaker in Jenin wieder nur von den Palästinensern – hier stellen auch unsere Freunde aus der «gemischten» Friedensbewegung, die sonst immer Wert auf eine nicht-sexistische Sprache gelegt haben, keine Ausnahme dar. Auch in ihren Demoaufrufen gehen die Frauen gerne mal vergessen...

Wir kritisieren auch die Tendenz unserer friedenspolitischen Kollegen, in ihren Artikeln und Reden in die Militärsprache zu verfallen, in ausführlichster Weise über die Potenz einzelner Bomben zu schreiben oder die Greuelthat des einen Diktators gegen diejenigen eines andern aufzuwägen. Auch fällt uns auf, dass selbst friedenspolitische Kreise gerne auf einen nationalistischen Jargon zurückgreifen. Beispiele sind die Blut und Boden-Argumente, wenn es um «das irakische Volk» oder «das palästinensische Volk» geht oder auch der Demo-Slogan «Kein Blut für Öl» – die einzelnen Menschen sind hier nicht mehr erkenntlich, Frauen und Kinder sowieso nicht.

Wir versuchen auch immer wieder, die Friedensdiskussionen weg zu bringen von den rein kriegsstrategischen Diskussionen um Frieden und Krieg zu einer Diskussion über neue Gesellschaftsformen ohne Gewalt und Männlichkeitswahn.

c) Entwicklungen auf der Ebene der Frauenbewegung

Die cfd-Frauenstelle ist nicht nur mit der «gemischten» Friedensbewegung, sondern auch mit der Frauenbewegung vernetzt. Sie ist eine der Gründungsorganisationen der Feministischen Koalition FemCo Schweiz und arbeitet in der NGO-Koordination Post-Beijing Schweiz mit.

Im politischen Alltag der FemCo stellen wir fest, dass es immer mehr Themen gibt, die von keiner Organisation aufgegriffen und behandelt werden, wie z.B. die Altersvorsorge: Schon lange bevor sich

auch die Gewerkschaften gegen die 11. AHV-Revision zu wehren begannen, protestierte die FemCo dagegen, dass das Rentenalter der Frauen erhöht und gleichzeitig auf Kosten der Frauen gespart werden soll.

Gleichzeitig verschwinden immer mehr politische Frauengruppen. Die Zeit der Frauenparteien ist überholt. In der FemCo mangelt es momentan an aktiven und an jungen Frauen. Die brennende Frage in der Frauenbewegung ist folglich, wie die sogenannten «Frauenfragen» neu angegangen werden können. Die alte Form des feministischen Politisierens spricht immer weniger Frauen an, der Nachwuchs fehlt. Und nicht selten geht es darum, Errungenschaften der Frauenbewegung zu verteidigen. Das ist z.B. in der Werbung gut zu beobachten: Eine Zeit lang gehörte es zum guten Ruf angesehener Werbeagenturen, keine sexistische Werbung zu machen. In den letzten Jahren hat die Anzahl extrem sexistischer Plakate wieder zugenommen, ohne dass ein Aufschrei der Empörung zu vernehmen wäre.

In der NGO-Koordination Post-Beijing Schweiz ist unsere Rolle die einer kritischen Begleitung eines Prozesses in der Verwaltung. Die Aktionsplattform von Beijing soll auf staatliches Geheiss hin umgesetzt werden. Führt diese Umsetzung tatsächlich zu einer Verbesserung der Situation der Frauen? Oder gehen die gut gemeinten Massnahmen im bürokratischen Dschungel unter? Oder werden sie auf die lange Bank geschoben?

Eine andere Rolle, die wir einnehmen, ist die der Brückenbauerin zwischen der autonomen Frauenbewegung sowie den NGOs und den Institutionen. Gerade bei Mobilisierungen, sei es gegen den Krieg oder zum 8. März, arbeiten wir immer wieder mit autonomen Frauengruppen zusammen. Da kann es passieren, dass wir in eine Vermittlerinnenrolle gedrängt werden.

Dieser Seiltanz zwischen den autonomen Frauen und den Institutionen oder institutionalisierten Organisationen ist für uns nicht immer einfach und wirft uns manchmal in einen Interessenkonflikt. Trotzdem finden wir es wichtig, dass es Organisationen gibt, die diese Brückenfunktion übernehmen können.

Beispiel für ein Thema, an dem wir kontinuierlich arbeiten: die Instrumentalisierung von Frauen, bzw. ihren Rechten

Solange die Gleichstellung von Frauen und Männern nicht erreicht ist und Geschlechterrollenklischees zur Legitimation von Kriegen missbraucht werden, kommen wir nicht umhin, immer nach den Frauen wie auch nach den Männern zu fragen – nicht einfach nach den Zivilpersonen, den Täterinnen und Tätern oder den Opfern. Cynthia Enloe, Wissenschaftlerin und Autorin zahlreicher Bücher zu Militarisierung und Geschlecht, empfiehlt, folgende Frage zu stellen, wenn ein Land für den Krieg mobilisiert: «Wo sind die Frauen?» Im Falle des Krieges gegen Afghanistan muss folglich zumindest gefragt werden: «Wo sind die Frauen in den USA?» und «Wo sind die Frauen in Afghanistan?» Während in den USA die Frauen zum Shopping, Stars-and-Stripes-Kuchen backen und Blut spenden abkommandiert wurden, durften die Frauen Afghanistans – dargestellt als wehrlose Opfer – als Pièce de Légitimation für die kriegerischen Aggressionen der USA und ihrer Verbündeten herhalten. Den US-Männern kam die Rolle der Helden und Frauenbefreier zu, den afghanischen Männern, vorab den Taliban, jene der Bösewichte und Frauenunterdrücker.

Dieser Krieg illustrierte aufs anschaulichste, wie die Rechte der Frauen je nach Interesse ignoriert, mit Füßen getreten oder eben hochgehalten werden. Erst mit dem 11. September 2001 und dem sogenannten «Krieg gegen den Terrorismus» wurden die Frauen Afghanistans und ihre Rechte ins Spiel gebracht, obwohl schon fünf Jahre lang Frauenorganisationen auf das Schicksal der afghanischen Frauen hingewiesen hatten, ohne dass ihre Rechte auf die politische Bühne oder auf die Medienagenda gelangt wären.

Aufgabe feministischer Friedenspolitik ist es, solche Mechanismen der Instrumentalisierung von Frauen und ihren Rechten aufzudecken, zu dekonstruieren und danach zu fragen, welche Interessen sich hinter der vorgeschobenen Besorgnis um die Frauenrechte verbergen und was die Forderungen von Frauen, in diesem Falle in Afghanistan, wirklich sind. Wer mit der katastrophalen Situation der Frauen in Afghanistan dem eigenen Krieg einen «humanitären», edlen Anstrich verleihen will, ist nicht daran interessiert, eine breite Öffentlichkeit beispielsweise über die Arbeit der RAWA (Revolutionary Association of the Women of Afghanistan) zu informieren. Denn diese stört das Bild der Frauen als hinter die Burka verbannte Opfer, indem sie sich seit Jahren in Afghanistan und in Flüchtlingslagern in Pakistan für Bildung und Rechte der Frauen engagiert und immer wieder klar macht, dass die primären Probleme des Grossteils der Frauen in Afghanistan nicht die Burka oder das Make-up-Verbot sind, sondern der Mangel an Bildung, die Gewalt der Taliban wie auch der Nordallianz, der jahrzehntelange Krieg, der Hunger, die Armut. Obwohl es ja im Prinzip begrüßenswert ist, dass sich plötzlich eine breite Öffentlichkeit für die Rechte von Frauen interessiert, ist primär Vorsicht geboten, wenn Kriegsmächte vorgeben, Kriege für Frauen zu führen – irgendetwas kann in solchen Fällen nicht stimmen.

Heute, gut zwei Jahre nach dem Krieg in Afghanistan, haben andere Kriege und bewaffnete Konflikte das Interesse an den Frauen in Afghanistan längst verdrängt. Und die Bilder im Fernsehen oder in den Zeitungen sind alles andere als repräsentativ für die Situation im angeblich «befreiten» Afghanistan: Während sie die wenigen Frauen in Kabul vor die Linse nehmen, die sich nun auch ohne Burka auf die Strasse wagen, zeigen sie den Grossteil der Frauen ausserhalb Kabuls nicht, wo noch immer Stammesfürsten regieren, Hunger, Gewalt, Unsicherheit und auch die Burka den Alltag prägen. Entsprechend der Kriegslogik dienten nach dem Einmarsch der westlichen Truppen Bilder von entschleierte Frauen als Beleg für die Durchsetzung von Frauenrechten. Die Bedeutung des Schleiers und die tatsächliche Situation von Frauen interessierte dabei nicht weiter. Die reale Situation von Frauen, ihre Erfahrungen und Forderungen, sehen oft ziemlich anders aus als das, was die Medien vermitteln. Würden wir die von den Medien gezeichnete Wirklichkeit im Irak für bare Münze nehmen, hiesse das, dass Frauen im Irak höchstens im Zusammenhang mit den Opfern in der Zivilbevölkerung existieren. Ihre Rechte waren in diesem Fall nicht relevant für die Legitimation des Krieges und interessierten daher auch kaum jemanden. Tatsache ist, dass sich die Situation der Frauen im Irak nicht nur nicht verbessert, sondern dass sie sich im Zuge des Krieges und der Besetzung des Landes durch die USA und ihre Verbündeten massiv verschlechtert hat: Frauen werden entführt, vergewaltigt und in sogenannten «Ehrenmorden» umgebracht, ohne dass die Täter ernsthaft verfolgt und bestraft würden. Religiös-fundamentalistische Gruppen sind im Aufwind und können ungestört die Rechte der Frauen beschneiden. Die Beteiligung von Frauen am Wiederaufbauprozess ist minim, sie haben auf politischer Ebene nach wie vor keinen Einfluss: In dem von der US-Verwaltung berufenen, 25 Mitglieder zählenden Regierenden Rat wurde eine der lediglich drei Frauen im September letzten Jahres ermordet. Der Regierende Rat ernannte die neue irakische Regierung, die nun aus 24 Ministern und einer Ministerin besteht. Auch Richterinnen wird es voraussichtlich kaum geben. Das US-Militär «verschob» die Vereidigung einer bereits zur Familienrichterin ernannten Anwältin, da ihre Ernennung in der Öffentlichkeit heftige Proteste ausgelöst hatte: Eine Frau als Richterin widerspreche dem Islamischen Recht.

Wie in Afghanistan, wo die RAWA medial marginalisiert wurde, wird im Zusammenhang mit dem Krieg und der Besetzung im Irak weder über die Irakische Frauenrechtskoalition (IWRC), noch über die Organisation für die Freiheit der Frauen im Irak (OWFI) oder die Unabhängige Frauenorganisation (IWO) im irakischen Kurdistan berichtet. Ihr Engagement für die Rechte und Sicherheit der Frauen im Irak – beispielsweise mittels eines Frauenhauses, der Herausgabe eines Informationsbulletins oder der Lobbyarbeit im Exil – ist kein Thema. Dies bestärkt die These, dass Frauen und ihre Rechte in

Kriegs- und Nachkriegssituationen nur dann – und auch dann nur sehr bedingt – interessieren, wenn sich daraus Kapital schlagen lässt.

Wir versuchen immer wieder, die Instrumentalisierung von Frauen und ihren Rechten aufzuzeigen und ihr etwas entgegenzusetzen. Dies tun wir, indem wir beispielsweise Frauen aus Afghanistan oder aus dem Irak einladen, mit uns in öffentlichen Veranstaltungen zu diskutieren. Solche Veranstaltungen verstehen wir einerseits als Solidaritätsbekundung gegenüber diesen Frauen und ihrer Arbeit für die Rechte, Sicherheit, Bildung und das Empowerment von Frauen. Gleichzeitig bieten wir ihnen einen Plattform, um mit ihren Analysen, ihrem Wissen, ihren Erfahrungen und Forderungen in der Öffentlichkeit gehört zu werden.

Im grösseren Stil als mit den Veranstaltungen, die wir üblicherweise organisieren, haben wir das mit der internationalen FrauenFriedensKonferenz «womanouvres» getan, die wir im letzten Mai in Zürich organisiert haben.

Feministische Friedenspolitik stellt immer wieder die Frage nach den Subjekten – nach den Tätern und Mittäterinnen –, nach ihren Interessen und Motiven. Damit trägt sie dazu bei, Gewalt als von Menschen ausgeübtes und daher veränderbares Handeln zu verstehen – und nicht etwa als eine Art Naturgesetz, gegen das wir machtlos sind. Es ist zentral, unsere Wahrnehmung und Interpretation von Gewalt zu verändern. Denn solange sie als normal und selbstverständlich erscheint, können wir ihr auch nichts anhaben. Die Ent-selbstverständlichung von Gewalt ist daher eine zentrale Aufgabe feministischer Friedenspolitik und widerständiger Frauen.